

Martin-Luther-Universität  
Halle-Wittenberg



# *Hallische Beiträge zur Zeitgeschichte*

*Heft 9*

- Halle 2001 -

**Impressum:** Die Hallischen Beiträge zur Zeitgeschichte erscheinen in loser Folge.  
Herausgeber: Prof. Dr. Hermann-Josef Rupieper  
Redaktion: Inga Grebe; Daniel Bohse (Transliteration)  
ISSN: 1433-7886

**Druck:** Druckerei der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg  
Kröllwitzer Straße 44, 06120 Halle (Saale)

# Inhalt

## **Victor Artemov**

*Moderne russische Geschichtsschreibung und einige Probleme der Revolution von 1917 in Rußland.....5*

## **Manfred Müller**

*Die Rezeption der nationalsozialistischen Außenpolitik in der Bevölkerung der Provinz Sachsen 1934 - 1936.....18*

## **Daniel Bohse**

*Abndung einer „zweiten Front“ im Kaukasus? Die Deportation der Tschetschenen und Inguschen in den Jahren 1942-1945 und die Mär von der kollektiven Kollaboration mit dem deutschen Aggressor.....37*

## **Carel Horstmeier**

*Die Maus, die brüllte. Methoden der Anerkennungspolitik der DDR.....57*



# Die Maus, die brüllte. Methoden der Anerkennungspolitik der DDR.

*Von Carel Horstmeier*

## I. Einleitung

Die Existenz der DDR ist für Belgien in jeder Hinsicht von Vorteil. Und ich wage sogar ohne Übertreibung und ohne Phrase zu sagen, ein Glück. [...] Ohne Selbstüberschätzung - [...] Die Frage der europäischen Sicherheit heute ernsthaft aufwerfen und voranbringen heißt, nichts ohne, geschweige denn gegen die DDR zu tun, sondern die Existenz der DDR gebührend zu berücksichtigen, ihre Vorschläge seriös prüfen und die Beziehungen zu ihr normalisieren. [...] Die DDR ist bereit, ihre Beziehungen zu Belgien zu entwickeln. Es bleibt die Frage: Wird Belgien seine Chance nutzen oder die richtige Zeit versäumen?<sup>1</sup>

Der Chef der Außenpolitik Hermann Axen überschätzte entgegen den eigenen Beteuerungen die Bedeutung der DDR in seinen Versuchen, Belgien zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu überreden. Dieses Beispiel ist symptomatisch für den Charakter der DDR-Anerkennungspolitik. Diese Politik, mit der die DDR versuchte, ihre weltweite diplomatische Anerkennung durchzusetzen, war der mühselige Versuch des kleinen kommunistischen Ostdeutschlands, auf internationalem Parkett gegen den überlegenen westdeutschen Gegner anzukämpfen. Dieser Beitrag will skizzenhaft nachzeichnen, welche Methoden die DDR anwandte in ihren Anstrengungen, in der nicht-kommunistischen Welt Fuß zu fassen, und wie sie sich dabei manchmal überschlug. Denn, wenn auch die DDR über Jahrzehnte nur bescheidene Erfolge verbuchen konnte, ihre Worte waren groß.

Vorliegender Artikel umfaßt einen Teilaspekt meiner Dissertation: „Die Anerkennungspolitik der DDR gegenüber den NATO-Staaten Niederlande, Belgien und Dänemark als Paradigma der West- und Deutschlandpolitik, 1949-1973“. Hier wird nur von den Methoden der allgemeinen weltweiten Anerkennungspolitik der DDR gesprochen, auch wenn quellenbedingt der Schwerpunkt auf der Anerkennungspolitik gegenüber NATO-Staaten liegt. Dabei werden Fragen wie Strategie, Motive und Phasen - ab wann gab es überhaupt eine Anerkennungspolitik, die diesen Namen verdiente? - ausgeklammert. Es soll hier einfach unterstellt

---

<sup>1</sup> Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (BArch/SAPMO) DY 30/IV 2/2.035/11, [April 1966], Hermann Axen: „Die DDR und Belgien. Artikel für ‚Synthesen‘ (endgültige Fassung)“. Dieser Text ist in französischer Übersetzung tatsächlich veröffentlicht worden, s. Synthèses: Revue Internationale, Nr. 241, Brüssel Juni 1966.

sein, daß die DDR immer mindestens unterschwellig nach diplomatischer Anerkennung strebte. Die Methoden werden wie in einer Waffenschau dargestellt.

An sich könnte man den Nutzen einer Forschung wie dieser anzweifeln. Die DDR ist - wie Stefan Heym 1990 sagte - nur eine Fußnote der Geschichte gewesen. Dies ist also ein Teilaspekt einer Fußnote. Albrecht Ritschl, ein Wirtschaftshistoriker, hat seine nachträglichen Berechnungen der DDR-Wirtschaftskraft sehr schön „An exercise in futility“ genannt.<sup>2</sup> Dieses Thema ist aber auch ein Aspekt der Geschichte der deutschen Teilung und ist somit aussagekräftig für die Geschichte der bundesrepublikanischen und der sowjetischen Deutschlandpolitik. Bisher ist die Geschichte der Teilung vor allem aus der Perspektive der Bundesrepublik Deutschland und, noch weniger, der vier alliierten Führungsmächte erforscht worden. Die Sicht der DDR ist somit eine Ergänzung der bisherigen Forschung des internationalen Wechselverhältnisses zwischen beiden deutschen Staaten. Die Forschung hat sich der Deutschlandpolitik bisher vor allem über die Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten genähert. Meine Dissertation will dagegen von den innerdeutschen Sonderbeziehungen weg und anhand der auswärtigen Beziehungen der DDR erforschen, welche Schlußfolgerungen die deutschen Staaten aus der Teilung für ihr Verhältnis zu Drittstaaten zogen. Die Anerkennungspolitik der DDR kann nämlich als die außenpolitische Widerspiegelung ihrer innerdeutschen Politik betrachtet werden. Die von der DDR in die Anerkennungspolitik investierte Energie hing deutlich von den Zielen der DDR auf der innerdeutschen Ebene ab. Somit kann anhand ihrer Aktivitäten im Laufe der Jahre praktisch überprüft werden, wie weit die DDR-Führung zu welchem Zeitpunkt die deutschlandpolitischen Ziele gesteckt hatte - bar aller von Immobilität bedingten innerdeutschen Propaganda. Die Anerkennungspolitik ist so förmlich eine Meßlatte der Deutschlandpolitik.

Daher werden als Hintergrund dieses Beitrags an dieser Stelle die Schlußfolgerungen der beiden deutschen Staaten aus der deutschen Teilung für ihre Beziehungen zu dritten Staaten kurz dargestellt. Die Reaktion der Bundesrepublik auf die Teilung hieß Alleinvertretungsanspruch: Die westdeutsche Regierung beanspruchte sofort nach Gründung der DDR im Oktober 1949, als einzige demokratisch gewählte deutsche Regierung auch allein befugt zu sein, für das deutsche Volk zu sprechen. Die DDR durfte im Ausland kein Gehör finden. Diesen Anspruch operationalisierte die Bundesrepublik 1955 außenpolitisch in der ‚Hallstein-Doktrin‘,<sup>3</sup> die

---

<sup>2</sup> Albrecht Ritschl: An exercise in futility. East German economic growth and decline, 1945-89, London 1994.

<sup>3</sup> Zur Geschichte dieser Doktrin ist eine Monographie erschienen, die aber nicht besonders gut ist: Rüdiger Marco Booz: Hallsteinzeit: deutsche Außenpolitik 1955-1972, Bonn 1995. Das Buch krankt daran, daß der Autor erstens keine einzige Archivquelle

besagte, daß die Bundesrepublik jede diplomatische Anerkennung der DDR als einen unfreundlichen Akt ihr gegenüber betrachten und dementsprechend antworten würde, indem alle diplomatischen Beziehungen zum anerkennenden Staat abgebrochen werden sollten. Wegen dieser Blockade der internationalen Anerkennung verbrachte die DDR die ersten beiden Jahrzehnte ihrer Existenz als internationaler Paria, der nur von den kommunistischen Verbündeten anerkannt worden war, welcher jedoch versuchte, diplomatische Beziehungen zu westlichen und neutralen Staaten herzustellen.

Das Streben der DDR nach diplomatischer Anerkennung und nach Aufnahme von diplomatischen Beziehungen zur internationalen Gemeinschaft wird häufig als 'außenpolitische Generallinie' der DDR bis in die siebziger Jahre bezeichnet. Die Welle der Anerkennungen von etwa 100 Staaten in den Jahren 1972/73 wird als wichtigste Zäsur in der vierzigjährigen Außenpolitik der DDR betrachtet.<sup>4</sup> Um so bemerkenswerter ist es, wie wenig bisher über dieses Streben publiziert worden ist. Bisher sind nur zwei Arbeiten erschienen, die sich der DDR-Anerkennungspolitik widmen: erstens die Dissertation Bert Beckers, „Die DDR und Großbritannien: 1945/49 bis 1973; politische, wirtschaftliche und kulturelle Kontakte im Zeichen der Nichtanerkennungspolitik“; weiter die Magisterarbeit von Alexander Troche, „Ulbricht und die Dritte Welt: Ost-Berlins ‚Kampf gegen die Bonner ‚Alleinvertretungsanmaßung‘“.<sup>5</sup> Die

---

gesichtet hat und er deshalb keine neuen Einsichten zur politischen Entscheidungsfindung bringen kann. Das sucht er dadurch wettzumachen, daß er sich für die Rekonstruktion dieser Entscheidungsfindung zu stark auf die Memoiren des maßgeblich beteiligten Wilhelm Grewe stützt. Sogar seine allerletzte Schlußfolgerung ist mit einer Grewe-Fußnote versehen; also vor allem als Literatursammlung nützlich. Für eine ausführlichere Wertung siehe folgende Rezension: Frank Bärenbrinker: „Die ‚Hallstein-Doktrin‘ als Irrweg?“, in: Deutschland-Archiv, 1996/1, S. 139-141. Allerdings schreibt William Gray zur Zeit eine glänzende Dissertation zur Hallstein-Doktrin; es sieht daher danach aus, daß die Forschungslücke demnächst geschlossen wird. Siehe William Gray: *The Hallstein Doctrine. West Germany's Global Campaign to Isolate East Germany, 1949-1969*, Yale University, Manuskript Dissertation 1999.

<sup>4</sup> Hermann Weber: Buchbesprechung von Jochen Staadt, „Die geheime Westpolitik der SED 1960-1970“, in: *Historische Zeitschrift*, Bd. 261, Aug. 1995, S. 325; Horst Grunert: *Für Honecker auf glattem Parkett. Erinnerungen eines DDR-Diplomaten*, Berlin 1995, S. 62.

<sup>5</sup> Becker schloß aber seine Quellenforschung gerade vor der deutschen Einheit ab, wodurch er leider nicht in der Lage war, neben den britischen Quellen auch die nunmehr geöffneten ostdeutschen Archive zu berücksichtigen. Bert Becker: *Die DDR und Großbritannien: 1945/49 bis 1973. Politische, wirtschaftliche und kulturelle Kontakte im Zeichen der Nichtanerkennungspolitik*, Bochum 1991, gleichzeitig: *Diss. Universität Bochum* 1990; Alexander Troche: *Ulbricht und die Dritte Welt: Ost-Berlins ‚Kampf gegen die Bonner ‚Alleinvertretungsanmaßung‘*, Erlangen/Jena 1996. Troche hat keine einzige Archivquelle benutzt und wirft regelmäßig mit reißerischen Rundumschlägen um sich, wodurch sich der Wert dieser Arbeit in Grenzen hält.

bilateralen Beziehungen der DDR zu den drei Fallstudienländern sind ebenfalls lange Zeit kaum erforscht worden. Nur zum Verhältnis Niederlande-DDR liegt seit kurzem eine gute Dissertation vor, unter besonderer Berücksichtigung der niederländischen Wahrnehmung der DDR: Jacco Pekelder, „Nederland en de DDR. Beeldvorming en betrekkingen 1949-1989“.<sup>6</sup> Es werden allerdings seit einiger Zeit zu immer mehr bilateralen Beziehungsgeflechten Forschungen in Angriff genommen.<sup>7</sup>

## II. *Guerillataktik, Kontaktpolitik und demonstrative Präsenz*

Die drei Methoden Guerillataktik, Kontaktpolitik und demonstrative Präsenz überschneiden sich, folglich wird in diesem Beitrag der Übergang fließend dargestellt: manche Aktion und mancher Plan kann als Beispiel mehrerer Methoden betrachtet werden. Die DDR war bis zur Aufgabe der Hallstein-Doktrin durch die Bundesrepublik nur sehr mühsam imstande, diese außenpolitische Blockade zu durchbrechen, wegen der überlegenen Wirtschaftsmacht der Bundesrepublik Deutschland im besonderen und der stärkeren weltpolitischen Position des Westens im allgemeinen. Somit konnte die DDR eigentlich nur durch diplomatische Kleinarbeit und Propaganda versuchen, die Hallstein-Doktrin in den westlichen Ländern nach und nach zu schleifen, um im Verlauf von Jahren zu einzelnen Ländern die Beziehungen scheinbarweise zu normalisieren. Dies war die Taktik, auf die die DDR sich erklärtermaßen eingelassen hatte: „die weitere Durchlöcherung und schließliche Überwindung der Hallstein-Doktrin“.<sup>8</sup> Ulbricht skizzierte 1961 die vorgesehene scheinbarweise Normalisierung folgendermaßen:

Das heißt [...], daß die westlichen Regierungen gezwungen werden, die Verhandlungen mit der Regierung der DDR aufzunehmen, damit

---

<sup>6</sup> Jacco Pekelder: *Nederland en de DDR. Beeldvorming en betrekkingen 1949-1989*, Amsterdam 1998.

<sup>7</sup> Andreas Linderoth erarbeitet eine Dissertation zur Politik der DDR gegenüber Schweden vor der Anerkennung, Sven Holtmark schrieb 1999 ein Buch zu den Anerkennungsbemühungen der DDR in Norwegen, Henning Hoff promoviert zu den Beziehungen zwischen Großbritannien und der DDR, Ulrich Pfeil studiert das Verhältnis Frankreich-DDR, Karl Christian Lammers erforscht das Geflecht Dänemark-DDR aus der dänischen Perspektive, während meine Studie sich der ostdeutschen annimmt.

<sup>8</sup> BArch/SAPMO DY 30/IV A2/21/20, 03.11.69, [Auslandsinformation?:] „Argumentation zur Notwendigkeit der Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen zur DDR“; siehe auch DY 30/IV 2/9.02/25, 15.12.59, [SED ZK Abt. Außenpolitik und Internationale Verbindungen:] „Beschuß des Politbüros. Betr.: Richtlinien zur Erweiterung und Verbesserung unserer Auslandspropaganda“. Bestätigt in DY 30/J IV 2/2/684, 19.01.60.



normale Beziehungen hergestellt werden. Mit dem einen Land werden konsularische Beziehungen aufgenommen werden, mit einem anderen Land wird es mit normalen Beziehungen mit unseren Außenhandelsministerien beginnen, mit einem dritten Land wird man Botschafter austauschen; je nach den Verhältnissen in jedem Lande werden sich die Beziehungen des betreffenden Landes mit der DDR entwickeln.<sup>9</sup>

Man könnte dies eine ‚Guerillataktik‘ nennen: der Versuch, durch Nadelstiche eine Auseinandersetzung zu gewinnen. Der Gegensatz zu einer jahrelangen Guerilla wäre gleichsam die eine große, kriegsentscheidende Schlacht, die für die DDR in einer Anerkennungswelle hätte enden sollen. Die Ironie ist, daß die DDR diese Taktik der einen großen Entscheidung eben nicht gewählt hatte, aber trotzdem zu ihrer Anerkennung kam. Denn mit der ‚Neuen Ostpolitik‘ der sozialliberalen Koalition ab 1969 wählte die Bundesrepublik die Regelung der Anerkennungswelle, um die jahrelange Guerilla zu beenden. Die Koalition bat Drittländer, mit der Anerkennung der DDR zu warten, um ihr die Zeit zu geben, die Anerkennungswelle mit der DDR auszuhandeln. In unserer Metapher: die Zeit, welche die Bundesrepublik zur Aufstellung der großen Schlacht benötigte. Die DDR versuchte vergeblich, diese Regelung durch ihre auf Drittstaaten zielende Losung ‚Anerkennung jetzt!‘ zu unterlaufen: weiterhin der Versuch, mit einer Guerilla der großen Schlacht zuvorzukommen.

Wahrscheinlich hoffte die DDR, durch ihre Anerkennungskampagne die Irritation international so zu steigern, daß einzelne Länder diese Irritation höher als ihr Interesse an Nicht-Anerkennung einschätzen würden, und deshalb die DDR anerkennen würden. Allerdings hatte diese Politik bei Tageslicht betrachtet eigentlich nur bei neutralen Ländern, die nicht an NATO-Abmachungen gebunden waren, einige Aussicht auf Erfolg. Die DDR hielt wohl bis zuletzt an der ‚Guerillataktik‘ fest, weil sie kein anderes Konzept als diese internationale Nerverei besaß. Noch Anfang 1972, weniger als ein Jahr vor der weltweiten Anerkennung, rechnete die DDR offensichtlich nicht mit dieser Welle, sondern mit der „Herstellung der diplomatischen Beziehungen zu einer Reihe [! CH] weiterer Staaten, darunter auch erstmals zu kapitalistischen Ländern“.<sup>10</sup>

Die Anerkennungspolitik verfolgte spätestens seit 1959 den Kurs, diese ‚Schrittweise‘-Methode mit großer Zähigkeit zu kombinieren: sie hatte „bereits gewonnene Positionen zu festigen und sie ohne großen Aufwand an Mitteln langsam weiter auszubauen.“<sup>11</sup> Die DDR argumentierte auch

---

<sup>9</sup> BArch/SAPMO DY 30/J IV 2/201/666, [20.09.61 (?)], „Genosse Walter Ulbricht: (20. August 1961)“.

<sup>10</sup> BArch/SAPMO DY 30/IV 2/2.035/168, Blatt 80, 10.01.72, Hermann Axen: „Die Entwicklung des internationalen Kräfteverhältnisses und die Verwirklichung der außenpolitischen Linie des VIII. Parteitages der SED“.

<sup>11</sup> BArch/SAPMO DY 30/IV 2/9.02/25, 15.12.59, [SED ZK Abt. Außenpolitik und Internationale Verbindungen:] „Beschluß des Politbüros. Betr.: Richtlinien zur

nach außen hin mit dem Festhalten an einmal gewonnenen Positionen. So bestand Hermann Axen 1965 darauf, ohne weiteres in Belgien einreisen zu dürfen, weil er das sieben Jahre vorher auch durfte.<sup>12</sup>

Innerhalb der Guerillataktik wurde die alltägliche Kleinarbeit mit Kontaktpolitik konkret gestaltet. Die DDR-Außenpolitiker versuchten, zu möglichst vielen und hohen ‚Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens‘ Kontakte zu knüpfen. Wichtiges Mittel dazu war die Einladung von Delegationen in die DDR, oder, schwieriger noch und deshalb prestigeträchtiger: die Entsendung von Delegationen ins nichtsozialistische Ausland. Diese Kontakte fing die DDR-Seite wenn nötig auf unterster und inoffizieller, nichtstaatlicher Ebene an. Danach sollten diese Kontakte allmählich in der Hierarchie aufsteigen und möglichst umfassend vom Staat übernommen werden. Jede Kontaktaufnahme bedeutete einen Gewinn für die DDR, weil die Hallstein-Doktrin die völlige Isolierung der DDR anstrebte.

Manche Länder zeigten sich offener für die ostdeutsche Kontakthanbahnung als andere. Bei den drei hier untersuchten Fallstudienländern sollten die Niederlande Ost-Berlin bis zur Anerkennung weitestgehend die kalte Schulter zeigen. Die Delegationseinladungen fielen dagegen vor allem in Belgien auf fruchtbaren Boden, auch bei Parlamentariern. Der westdeutsche Botschafter Oppler sprach in seinem Abschlußbericht nach viereinhalbjährigem Aufenthalt in Brüssel sogar von der „großen Reiselust vieler belgischer Parlamentarier“; die ostdeutschen Delegationseinladungen würden diese Reiselust ausnutzen.<sup>13</sup>

Nicht nur zu einzelnen Persönlichkeiten, sondern auch zu westlichen Regierungen versuchte die DDR, Kontakte zu knüpfen. Dazu sandte sie diplomatische Noten an westliche Länder; unter Ländern mit gegenseitigen Beziehungen eine übliche Praxis. Wenn eine westliche Regierung eine solche Note beantwortet oder auch nur deren Empfang offiziell der DDR bestätigt hätte, hätte die DDR darum eine *de facto* Anerkennung reklamieren können. Spätestens ab 1956,<sup>14</sup> verstärkt seit Ende der fünfziger, Anfang der

---

Erweiterung und Verbesserung unserer Auslandspropaganda“, S. 9. Bestätigt in DY 30/J IV 2/2/684, 19.01.60.

<sup>12</sup> BArch/SAPMO DY 30/IV 2/2.035/75, Blatt 34, 12.02.65, Brief Axen an Lambilliotte.

<sup>13</sup> Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Bestand Auswärtiges Amt der Bundesrepublik Deutschland (PA/AA) B24-94.02/482, Blatt 201-238, 12.11.63, Botschaft Bundesrepublik Deutschland Brüssel, Botschafter Oppler: „Zusammenfassender Bericht für die Zeit vom Juli 1959 bis November 1963“. Siehe auch: Carel Horstmeier: „La politique de reconnaissance de la RDA en Belgique jusqu'en 1972“, in: Ulrich Pfeil (Hg.): *La RDA et l'Occident 1949-1990*, Paris 2000, S. 281-198.

<sup>14</sup> Rigsarkivet - Dansk Udenrigsministeriet (RA UM) 5.G.12.C-1a, 11.09.56, Note mit der Ansprache des ostdeutschen Außenministers Bolz vor Volkskammer am 29.08.56: Note gerichtet an dänische Regierung, in Moskau von DDR-Botschaft an dänische

sechziger Jahre setzte die DDR diese Methode ein. Die Empfängerstaaten konnten und wollten zur Wahrung der Nicht-Anerkennung der DDR diese Noten nicht offiziell in Empfang nehmen. Auch hier sollte das niederländische Außenministerium sich als strengster Nicht-Anerkennung zeigen,<sup>15</sup> wodurch die DDR nach einigen Jahren kaum noch versuchte, ihm Noten zu übergeben.

Sicherlich wäre es für westliche Länder einfacher und klarer gewesen, solche Noten der DDR überhaupt nicht anzunehmen, wie es die Niederlande taten und auch Dänemark erwog, aber dann doch für nicht nötig gehalten hatte.<sup>16</sup> Um dies zu vermeiden, wandte die DDR zwei Methoden an: erstens den Einsatz anderer Ostblockstaaten und zweitens die Senkung der Hemmschwelle. Die erste Methode der Notenübergabe versuchte die Ablehnung zu umgehen, indem das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten (MfAA) der DDR über den diplomatischen Brauch der sogenannten ‚guten Dienste‘ von den Bruderländern Polen und ČSSR Noten zustellen ließ. Die eigentliche ostdeutsche Note wurde dazu häufig mit einer kurzen Mantelnote vom Übergeber versehen und so verpackt ‚verabreicht‘.<sup>17</sup> Den Empfang der Mantelnote samt ostdeutscher Anlage konnte ein westliches Land ihrem diplomatischen Partner kaum verweigern, wodurch es für westliche Länder überhaupt in Frage kam, ostdeutsche Noten anzunehmen.<sup>18</sup> Das niederländische Außenministerium gab die Noten nach Empfang immer dem überbringenden Staat mit dem expliziten Hinweis zurück, „die Regierung [...] anerkenne nicht die ‚sogenannte‘ DDR und es sei daher auch nicht möglich, diese Note

---

Botschaft gegeben mit Bitte um Weitergabe; tatsächlich angenommen und weitergeleitet. RA UM 5.G.12.D-1, 28.07.65, siebenseitige Erklärung von DDR-Regierung zur westdeutschen Notstandsgesetzgebung, mittels zweiseitiger Mantelnote gleichen Datums der Moskauer Botschaft der DDR an die dänische Botschaft.

<sup>15</sup> Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Bestand Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR (PA/AA MfAA) A 11737, 16.10.59, Botschaft DDR Prag, Botschafter G. Stibi: Brief an MfAA, Stellvertreter des Ministers, Gen. König.

<sup>16</sup> RA UM 5.G.12.D-1, 31.10.59, Kongelig Dansk Gesandtskab Prag, B. Dons Møller: Brief an Udenrigsministeriet: „Czekoslovakiets varetagelse af østtyske interesser. Nr. 620. Afskrift“.

<sup>17</sup> RA UM 5.G.12.D-2, 26.07.66, Kgl. Dansk Ambassade Warszawa, H. Zytphen-Adeler: Brief an Udenrigsministeriet: „Henvendelse fra Østtyskland“; PA/AA MfAA A11737, 16.10.59, Botschaft DDR Prag, Botschafter G. Stibi: Brief an MfAA, Stellvertreter des Ministers, Gen. König.

<sup>18</sup> PA/AA MfAA A11737, Blatt 6-7, 16.10.59, Botschaft DDR Prag, Botschafter G. Stibi: Brief an MfAA, Stellvertreter des Ministers, Gen. König. Letztendlich ging der Mechanismus, westliche Länder bestimmten Bruderländern zuzuweisen, auf einen Politbürobeschluss aus dem Jahre 1950 zurück: Die DDR sollte in Finnland von der UdSSR vertreten werden, in Schweden, Norwegen und Dänemark von Polen und in den Niederlanden, Belgien und der Schweiz von der Tschechoslowakei. Siehe: Bundesministerium des Inneren (Hg.): Dokumente zur Deutschlandpolitik, II. Reihe, Bd. 3: 1. Januar bis 31. Dezember 1950, München 1997, S. 683.

entgegenzunehmen“.<sup>19</sup> Die meisten NATO-Länder hatten als allgemeine Regel, solche Schreiben zwar anzunehmen, gleichzeitig aber mündlich darauf hinzuweisen, daß ihre Regierung die DDR nicht anerkenne. Dies war eine Nuance weniger streng als die niederländische Gewohnheit.<sup>20</sup> Auch diese Methode garantierte aber der DDR nicht den Erfolg, weil westliche Diplomaten die Mantelnoten meist nur widerwillig in Empfang nahmen und auch die Bruderländer ihre guten Dienste manchmal halbherzig leisteten. So erklärte ein Mitarbeiter des tschechischen Außenministeriums dem niederländischen Gesandten bei der Übergabe einer ostdeutschen Note, daß er sie nicht gelesen hätte. Der Niederländer antwortete sofort, daß er die Note dann wohl auch nicht zu lesen brauche.<sup>21</sup>

Zur Senkung der Hemmschwelle versuchte die DDR, sich ‚billiger zu verkaufen‘. Sie übergab die Noten nicht formell, wie diplomatisch üblich, sondern schickte sie einfach mit der Post.<sup>22</sup> Oder sie adressierte die Note nicht an die Regierung, sondern an einen hohen Beamten, mit der Bitte, sie an den Premier weiterzureichen.<sup>23</sup> Manchmal leugnete das MfAA bei der Notenübergabe sogar, daß es sich überhaupt um eine Note handele. So im

---

<sup>19</sup> PA/AA MfAA A 11737, 16.10.59, Botschaft DDR Prag, Botschafter G. Stibi: Brief an MfAA, Stellvertreter des Ministers, Gen. König. Diese Note wurde auch u.a. den USA, Großbritannien, Frankreich, Belgien, Dänemark und Österreich übergeben: RA UM 5.G.12.D-1, 31.10.59, Kongelig Dansk Gesandtskab Prag, B. Dons Møller: Brief an Udenrigsministeriet: „Czekoslovaikiets varetagelse af østtyske interesser. Nr. 620. Afskrift“. Das dänische Außenministerium hielt die Auswahl der übergebenen Noten für meistens ‚ein wenig zufällig‘: 5.G.12.D-1, 15.09.59, Kongelig Dansk Ambassade Warszawa, J. Rechendorff: Brief an Udenrigsministeriet: „Fremsendelse af østtysk note. Afskrift“.

<sup>20</sup> PA/AA MfAA A 11717, 20.05.64, Plaschke, 5. Eur. Abteilung MfAA: „Vorlage für die Außenpolitische Kommission des ZK der SED. Direktive für die Entwicklung der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und Belgien“; RA UM 5.G.12.D-1, 31.10.59, Kongelig Dansk Gesandtskab Prag, B. Dons Møller: Brief an Udenrigsministeriet: „Czekoslovaikiets varetagelse af østtyske interesser. Nr. 620. Afskrift“. Die Gewohnheiten neutraler Länder bei Notenübergaben durch die DDR fallen außerhalb des Rahmens dieser Arbeit.

<sup>21</sup> RA UM 5.G.12.D-1, 31.10.59, Kongelig Dansk Gesandtskab Prag, B. Dons Møller: Brief an Udenrigsministeriet: „Czekoslovaikiets varetagelse af østtyske interesser. Nr. 620“.

<sup>22</sup> RA UM 5.G.12.D-1, 05.10.59, Udenrigsministeriet, Max Sørensen: „Østtysk note til den danske regering“.

<sup>23</sup> PA/AA MfAA A 11685, Nov. 1962, Leiter des Büros des Ministerrates, Staatssekretär Plenikowski: Note an den ‚Chef des Kabinetts des Premierministers und Sekretär des Ministerrates Belgiens, M.J. Grauls‘: übersendet Dokument ‚Die geschichtliche Aufgabe der Deutschen Demokratischen Republik und die Zukunft Deutschlands‘; ebenfalls vom Leiter des Sekretariats der Volkskammer, Josef Stadler, an den Chef des Sekretariats Senatspräsident Belgiens und vom Staatsrat-Sekretär Otto Gotsche, an Kabinettschef des Königs, M.R. Lefébure.

Mai 1960 in Warschau, als zwei Funktionäre der ostdeutschen Botschaft zur dänischen Vertretung kamen, um eine diplomatische Note an die dänische Regierung abzugeben.<sup>24</sup> Thema war die Weiterbeschäftigung von „über 1.000“ Nazirichtern in der Bundesrepublik. Die beiden wurden aber von einem polnischen Botschaftsmitarbeiter gestoppt, der den Botschafter konsultierte. Der Botschafter ließ daraufhin ausrichten, daß die dänische Botschaft wegen der Nichtanerkennung nichts von der ostdeutschen Vertretung annehmen könne. Die Ostdeutschen antworteten, sie wüßten das; dies sei aber kein „offizielles Schreiben“, sondern eine „Dokumentationsmappe“; eine Lüge also. Der polnische Mitarbeiter wiederholte seine Ablehnung, aber auf dem Weg zur Tür hinterließen die beiden Herren einfach die Mappe im Hause. Der dänische Botschafter bekam sie vorgelegt und sah, daß es sehr wohl eine Note war. Sofort danach ließ er sie vom Boten mit der mündlichen Nachricht zur ostdeutschen Botschaft zurückbringen, daß man schon erklärt habe, wieso man keine offizielle ostdeutsche Note entgegennehmen könne. Gesenkte Preise verhalfen der DDR also ebensowenig zum Erfolg.

Die Notenübergaben waren nicht nur Teil der Kontaktpolitik, sondern auch einer weiteren Methode der Anerkennungs politik: das Streben nach diplomatischen Privilegien bzw. die ungebetene Anwendung diplomatischer Konventionen.<sup>25</sup> Die DDR hatte bis 1969 offiziell keine diplomatischen Vertretungen außerhalb der kommunistischen Länder. Sie nannte aber die Vertretungen der Kammer für Außenhandel im Ausland kurzerhand ‚Auslandsvertretungen der DDR‘ und versuchte, diplomatische Vorrechte für diese zu erwerben. Solch ein diplomatisches Privileg, das das Außenministerium des Gastlandes gewährte, war die Zollbefreiung für eingeführte Arbeitsgeräte.<sup>26</sup> Die Brüsseler Handelsvertretung der DDR sollte 1965 „zielstrebig“ arbeiten „an der Verbesserung der Lage und des Status der KV [Kammervertretung, CH] mit folgender Zielstellung: Unverletzlichkeits- und Immunitätsrechte für den Leiter, Unverletzlichkeit der Amtsräume, Kurier- und Chiffrierrecht [und] gewisse konsularische

---

<sup>24</sup> RA UM 5.G.12.D-1, 04.05.60, Kgl. Dansk Ambassade Warszawa, [Botschafter:] Brief an Udenrigsministeriet: „Note fra den herværende østtyske ambassade til den danske regering vedrørende angivelige krigsforbrydere i Forbundsrepublikken Tyskland. Nr. 333“, dem Minister vorgelegt.

<sup>25</sup> Vgl. Carel Horstmeier: „Denmark and Divided Germany, 1949-1973“, in: Hans van Koningsbrugge/Carel Horstmeier/Tomas Anfält (Hg.): North by Northwest. Scandinavia and North-Western Europe: Exchange and Integration, 1600-2000, Groningen, in Vorbereitung.

<sup>26</sup> BArch/SAPMO DY 30/IV 2/20/279, 28.11.59, Krolkowski: „Vermerk über ein Gespräch des Gen. Krolkowski mit dem Gen. Gürbig, Stellvertretender Leiter der Vertretung der Kammer für Außenhandel in Dänemark am 14.11.1959“. Die Handelsvertretung wollte Zollbefreiung für einen eingeführten Wartburg; das dänische Außenministerium lehnte aber ab, „da Dänemark und die DDR keine diplomatische Beziehungen unterhalten.“

Rechte“.<sup>27</sup> Wie dieses Zitat schon suggeriert, hätte die Einräumung solcher Privilegien doppelten Nutzen („Lage und Status“) gehabt. Die Arbeit der Vertretung wäre damit erleichtert worden. Wichtiger war aber vielleicht, daß es wieder ein Schritt in die Richtung der diplomatischen Anerkennung der DDR gewesen wäre. In NATO-Ländern hat die DDR hier keine Fortschritte verbuchen können. In der Dritten Welt konnte sie aber als letzte Stufe unterhalb der diplomatischen Anerkennung mehrere Generalkonsulate eröffnen, z.B. 1959 in Kambodscha und 1965 in Ägypten.<sup>28</sup>

Für diplomatische Privilegien brauchte die DDR die Zustimmung des Gastlandes. Für die Anwendung diplomatischer Bräuche jedoch nicht. Diese zelebrierte die DDR einfach demonstrativ, ohne das Gastland um Erlaubnis zu bitten, wie sich auch oben in der Notenfrage zeigte. So hißten zum Beispiel jedes Jahr am DDR-Gründungstag, dem 7. Oktober, die Handelsvertretungen die Fahne und gaben einen Empfang.<sup>29</sup> Wie sich hier schon andeutet, waren die Handelsvertretungen Vorposten in der Anerkennungspolitik: „In den westlichen kapitalistischen Ländern übernimmt die HV [Handelsvertretung, CH] im Prinzip die Funktion einer diplomatischen Vertretung, abgesehen vom Verbot der Ausübung bestimmter Tätigkeiten“.<sup>30</sup>

Nicht nur für die Handelsvertretungen, sondern für den DDR-Außenhandel generell war es erklärtermaßen eine wichtige Aufgabe, die

---

<sup>27</sup> PA/AA MfAA A 11717, 12.12.64, MfAA, 5. Europäische Abteilung, Sektion II (Belgien) [Mauersberger]: „Jahresorientierungsplan 1965 gegenüber Belgien“ VDS; 29.08.56: Aus der Regierungserklärung, von Minister Bolz vor der Volkskammer abgegeben, in: S. 680-683. Bolz' Erklärung wurde auch als Note an die dänische Regierung geschickt, S. RA UM 5.G.12.C-1a, 11.09.56, Kgl. Dansk Ambassade Moskau: Brief an Udenrigsministeriet. Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen (Hg.): Dokumente zur Deutschlandpolitik, III. Reihe, Bd. 2: 1. Januar bis 31. Dezember 1956, Frankfurt/M. 1963.

<sup>28</sup> Troche, Ulbricht und die Dritte Welt, S. 49, 60; Siehe auch Heinrich End: Zweimal deutsche Außenpolitik. Internationale Dimensionen des innerdeutschen Konflikts 1949-1972, Köln 1973, S. 46-47.

<sup>29</sup> Die DDR-Fahne wurde in Dänemark erstmals 1969 zum 20. Jahrestag der DDR gehißt unter großen internen Widerständen in der Handelsvertretung, während man schon seit mindestens 1959 zum Jahrestag einen Empfang gab. In Belgien dagegen hißte die Handelsvertretung seit spätestens 1960 die Flagge. Es ließ sich nicht klären, was der Grund für die Zurückhaltung in Dänemark gewesen sein mag. BArch/SAPMO DY 30/IV A2/20/553, 03.11.69, Handelsvertretung Kopenhagen Parteileitung Sekretär Kolditz: Brief an SED ZK Internationale Verbindungen; DY 30/IV 2/20/279, 15.10.60, Handelsvertretung Kopenhagen, Leiter Grätz: Brief an Krolkowski; PA/AA MfAA A 11708, 28.11.60, MfAA, 5. EA, Presseabteilung, Sektion Inland, Heyne: „Einschätzung und Zusammenfassung der wichtigsten außenpolitischen Ereignisse und wichtigsten außenpolitischen Maßnahmen der DDR im Jahre 1960 - Belgien, Niederlande“.

<sup>30</sup> BArch/SAPMO DY 30/IV A2/20/496, 26.04.65, [Goulnik:] „Rechenschaftsbericht PL KV-Amsterdam 26.IV.65“.

Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur DDR zu bewirken.<sup>31</sup> Diese Aufgabe wurde dem Außenhandel bereits 1955 zugewiesen: „Die größte Möglichkeit, die Deutsche Demokratische Republik zu popularisieren, das Ansehen der Republik im kapitalistischen Ausland zu heben, um die diplomatische Anerkennung vorzubereiten, hat der Außenhandel“.<sup>32</sup>

Der Grund dafür war, daß die DDR zwar keine außenpolitischen, aber doch wirtschaftliche Kontakte zu fast allen Staaten der Welt unterhalten konnte. Mit den Handelsvertretungen konnte sie daher im Ausland in dreifachem Sinne Fuß fassen. Erstens konnte sie mit dem über eine Handelsvertretung abgewickelten Außenhandel Präsenz zeigen, um im Ausland das Bewußtsein für die Existenz der DDR überhaupt zu wecken und wachzuhalten. So sollte schon 1955 beim Verkauf ins Ausland und bei Werbung für Waren aus der DDR „auf eine genaue Aussage über das Herkunftsland“ geachtet werden.<sup>33</sup> Zweitens konnte die Auslandsvertretung als Brückenkopf genutzt werden, um sich Einflußmöglichkeiten zu schaffen, so z.B. bei einem Plan, von den Auslandsvertretungen in den nicht-sozialistischen Ländern Leserbriefe an westliche Zeitungen organisieren zu lassen.<sup>34</sup> Und drittens konnte Ost-Berlin die Handelsvertretung als Beobachterposten zur Informationsbeschaffung für die Anerkennungsbemühungen vor Ort einsetzen.

Die Vereinbarungen über die Einrichtung der Handelsvertretungen mit den westlichen Ländern erlaubten aber keine politischen Aktivitäten. Das Gastland erlaubte daher eine Personalausstattung, die im Prinzip darauf angelegt war, daß die Mitarbeiter ihre Zeit nur der Handelsvermittlung widmeten. Die westdeutschen Gegenspieler vor Ort mochten allerdings von Anfang an nicht recht daran glauben, daß all das Personal für Handel benötigt und eingesetzt wurde. Die bundesrepublikanische Botschaft in Kopenhagen stellte beispielsweise 1959 fest, daß ihr Wirtschaftsreferat schlechter besetzt sei als die sieben Mitarbeiter<sup>35</sup> der Handelsvertretung der

---

<sup>31</sup> Vgl. auch Bernd Kregel: Außenpolitik und Systemstabilisierung in der DDR, Opladen 1979, S. 44.

<sup>32</sup> BArch/SAPMO DY 30/IV 2/20/86, [Ende 1955], „Nach der Genfer Außenministerkonferenz ist die internationale Autorität der Deutschen Demokratischen Republik erheblich gestiegen...“

<sup>33</sup> Ebenda.

<sup>34</sup> Dieser Plan war Teil einer Gesamtplanung für die langfristige außenpolitische Öffentlichkeitsarbeit mit dem deutschlandpolitischen ‚7-Punkte-Vorschlag‘ der SED; s. BArch/SAPMO DY 30/J IV 2/2 873, Blatt 19-30, 2.4.1963, „Maßnahmeplan für die langfristige Arbeit mit dem ‚Abkommen der Vernunft und des guten Willens‘ (7-Punkte-Vorschlag) auf diplomatisch-politischem Gebiet und auslandsinformatorischem Gebiet“, IV: Medienmaßnahmen, Punkt 3: Auslandsvertretungen: „d) Die Vertretungen in den nichtsozialistischen Ländern organisieren Leserbriefe zum 7-Punkte-Programm“.

<sup>35</sup> PA/AA 700/115, 29.07.59, Bundesrepublik Botschaft Kopenhagen, von Stechow an AA Bonn: „Propagandabesuch der ‚Saßnitz‘ in Kopenhagen. Verstärkung der

DDR, obwohl die Bundesrepublik zwanzig Mal mehr aus Dänemark importiere als die DDR. Auch wenn Planwirtschaft vielleicht viel Personal erfordere, eine solche Zahl von Mitarbeitern könne sich kaum nur mit Handelsaufgaben befassen, so der westdeutsche Botschafter.<sup>36</sup>

In späteren Jahren traf diese Vermutung ins Schwarze. Aber anscheinend empfanden die Handelsvertretungsmitarbeiter selbst den Personalbestand von sieben Mitarbeitern - Standard für NATO-Länder<sup>37</sup> - als relativ knapp für groß angelegte politische Aktivität. Jedenfalls, als ZK-Sekretär Hermann Axen - immerhin der ranghöchste Außenpolitiker der DDR - Rudi Blankenburger von der Amsterdamer Handelsvertretung bat, ihm persönlich Berichte über die niederländische Politik zu schreiben, lehnte Blankenburger dankend ab: das sei Feierabendarbeit.<sup>38</sup> In der ersten Zeit nach der Einrichtung der Handelsvertretungen Mitte der fünfziger Jahre, angefangen mit einer Vertretung in Helsinki im August 1953,<sup>39</sup> traute die DDR sich zunächst nicht so richtig, den nichtstaatlichen Handelsvertretungen auch außenpolitische Aufgaben zu übertragen. Die Abteilung Handel, Versorgung und Außenhandel im bürokratischen Apparat des SED-Zentralkomitees hielt die Erteilung politischer Aufträge an eine Handelsvertretung für „gefährlich“, da „die meisten Handelsvertretungen in den kapitalistischen Ländern keine diplomatischen Rechte besitzen [und] ihre Tätigkeit auf die Lösung kommerzieller Aufgaben beschränkt ist“. Es gäbe keine sichere geheime Korrespondenz, da Briefe durch „persönliche Beförderung durch Genossen und Kollegen, die der Zollkontrolle der kapitalistischen Länder ausgesetzt sind“, erfolgen müsse. Sie meinte sogar, daß eine direkte Kontaktaufnahme mit führenden Mitgliedern kommunistischer Parteien in den kapitalistischen Ländern „die Existenz solcher Handelsvertretungen aufs Spiel setzen“ könne.<sup>40</sup>

---

Vertretung der sowjetzonalen Außenhandelskammer in Kopenhagen“, Bericht Nr. 735/59.

<sup>36</sup> PA/AA 700/115, 09.12.59, Bundesrepublik Botschaft Kopenhagen, Berger an AA Bonn: „Entwicklung der Wirtschafts- und Verkehrsbeziehungen zwischen Dänemark und der SBZ im Jahre 1959“.

<sup>37</sup> BArch/SAPMO DY 30/IV A2/20/448, 04.11.64, [MAI], DB Europa I, Beil: „Handelspolitische Kurzanalyse zu den gegenwärtigen Handelsbeziehungen DDR - Belgien“; s.a. DY 30/IV A2/20/496, 21.04.69, Großkopf, Parteisekretär: „Protokoll der Wahlberichtsversammlung der Grundorganisation der HV in den Niederlanden am 16.04.1969“.

<sup>38</sup> BArch/SAPMO DY 30/IV A2/20/495, 11.05.66, Leiter Handelsvertretung Amsterdam, R. Blankenburger: handschriftlicher Brief an ZK- Internationale Verbindungen, Gen. Ernst Walkowski (Berlin).

<sup>39</sup> Jürgen Radde: Der diplomatische Dienst der DDR. Namen und Daten, Köln 1977, S. 197-205.

<sup>40</sup> BArch/SAPMO DY 30/IV 2/20/250, Blatt 122-126, 03.12.58, SED ZK Abt. Handel, Versorgung und Außenhandel: SED Hausmitteilung an Peter Florin, S. 41. Die Kopenhagener Vertretung hatte z.B. explizit „strenge Anweisung, sich um keinerlei



Trotzdem unternahmen die Handelsvertretungen in den NATO-Ländern, wenn auch anfangs zaghaft, politische Aktivitäten. Wahrscheinlich bereits wenige Jahre nach Einrichtung der Vertretungen gaben alle wie erwähnt zum Jahrestag der DDR am 7. Oktober einen Empfang. Dazu wurden auch Politiker eingeladen.<sup>41</sup> Im Jahre 1962 sah der Leiter der Kopenhagener Handelsvertretung es ohne weiteres als seine Aufgabe an, die dänische Gesellschaft für Freundschaft zur DDR zu betreuen.<sup>42</sup> Für die sechziger Jahre finden sich Hinweise auf Selbstbeschränkung aus Furcht, die Existenz einer Handelsvertretung zu gefährden, überhaupt nicht mehr. An die Stelle einer Selbstbeschränkung aus Angst trat die vom Gastland auferlegte Beschränkung auf den Handel. Die Handelsvertretungen hielten sich nach außen hin weiter daran,<sup>43</sup> höhlten aber insgeheim ihren nichtpolitischen Status immer weiter aus.

Am einfachsten ist diese Aushöhlung ab Mitte der sechziger Jahre am Einsatz von Beamten aus dem Außenministerium in den Handelsvertretungen zu erkennen. Bis dahin stammten alle Mitarbeiter ausnahmslos aus dem Außenhandelsministerium.<sup>44</sup> Die DDR wandte diese Methode in NATO-Ländern spätestens seit 1965 an, als MfAA-Beamte in Brüssel, Paris und Rom arbeiteten.<sup>45</sup> Im weiteren Verlauf der sechziger Jahre übertrug die DDR diese Methode ebenfalls auf widerspenstigere

---

politische Fragen zu bekümmern“: DY 30/IV 2/20/277, [undatiert, 1959?], anonym: „Eindrücke und Vorschläge von einer Reise nach Kopenhagen“.

<sup>41</sup> BArch/SAPMO DY 30/IV 2/20/279, 15.10.60, Handelsvertretung Kopenhagen, Leiter Grätz: Brief an Krolkowski. In diesem 1960er Dokument zeigt sich, daß die Empfänge schon seit mehreren Jahren organisiert werden. S.a. Andreas Linderoth: „Sweden, GDR and the Question of Diplomatic Recognition, (1949-1960)“, in: Van Koningsbrugge/Horstmeier/Anfält, North by Northwest.

<sup>42</sup> BArch/SAPMO DY 30/IV 2/20/279, 30.06.62, [MfAA] Lindner: „Vermerk über ein Gespräch mit dem Leiter der Kammervvertretung in Kopenhagen, Genossen Grätz, anlässlich der Handelsrätetagung am 20.6.1962 in Stockholm“.

<sup>43</sup> BArch/SAPMO DY 30/IV A2/20/495, 06.06.66, R. Blankenburger, an MfAA, Gen. Dr. Herbert Plaschke [Abteilungsleiter Westeuropa], Kopie an Walkowski, ZK Internationale Verbindungen. Hier baten Studenten Blankenburger um Hilfe bei der Organisation einer öffentlichen Veranstaltung, der aber unter Verweis auf den nichtpolitischen Status der Handelsvertretung unter Bedauern ablehnte. Dieser Fall einer expliziten Selbstbeschränkung ist der einzige, der aus der Mitte der sechziger Jahre vorliegt. Vielleicht nicht zufällig in den Niederlanden, in einem Land, das bemüht war, der DDR möglichst wenig Spielraum zu überlassen.

<sup>44</sup> BArch/SAPMO DY 30/IV 2/2.115/5, Beschluß Außenpolitische Kommission beim Politbüro, Sitzung 22.05.64, „Konzeption der Gestaltung der Beziehungen der DDR zu Belgien“.

<sup>45</sup> PA/AA MfAA C282/73, 28.08.65, KV Belgien, Mauersberger: „Notiz über Gespräche des Koll. Möckel mit dem Botschafter der SVR Rumänien, Oancea, und des Koll. Mauersberger mit dem Botschaftsrat der Botschaft der UdSSR, Andrianov. Streng vertraulich!“, für Frankreich und Italien, siehe SAPMO-BArch NY 4182/1304, 25.01.66, „Bericht über die Reise des Genossen Ernst Walkowski nach Belgien in der Zeit vom 17.-20.1.1966“.

NATO-Länder. Seit Frühling 1969 waren auch in Kopenhagen und Amsterdam MfAA-Beamte als stellvertretende Leiter der Handelsvertretung eingesetzt.<sup>46</sup> Jedenfalls wußte der niederländische Geheimdienst BVD, welche Mitarbeiter der Handelsvertretung aus dem MfAA stammten,<sup>47</sup> konnte aber offensichtlich wenig dagegen ausrichten, weil sich die Statusaushöhlung der Handelsvertretung nur schwer öffentlich verwerten ließ.

Diese heimliche und öffentliche schrittweise Aufwertung nichtstaatlicher Handelsvertretungen hin zu diplomatischen Vertretungen kulminierte 1970/71. Die DDR wandelte die nichtstaatlichen Vertretungen der Kammer für Außenhandel in den NATO-Ländern Frankreich (am 6.10.1970), Italien (21.12.1970), Großbritannien (21.1.1971) und Dänemark (11.5.1971) in „Handelsvertretungen der Deutschen Demokratischen Republik“ um und unterstellte sie dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten.<sup>48</sup> Damit löste die DDR endgültig die grundlegende Abmachung einseitig auf, daß ihre Handelsvertretungen in westlichen Ländern nur eine Handelsaufgabe erfüllten. Allerdings galt jedenfalls für Dänemark, daß diese „Übernahme vorerst als interne Maßnahme zu betrachten“ war, um der Situation im Lande Rechnung zu tragen.<sup>49</sup>

Wie beim demonstrativen Einsatz diplomatischer Bräuche und beim Flaggezeigen der Handelsvertretungen, galt auch für den internationalen Sportwettbewerb, daß die DDR über demonstrative Präsenz im Ausland ihre erfolgreiche Existenz zu propagieren versuchte. Walter Ulbricht hatte den außenpolitischen Wert internationaler sportlicher Erfolge schon früh erkannt und die Formel gemünzt, daß die DDR-Sportler ‚Diplomaten im Trainingsanzug‘ seien.<sup>50</sup> Schon Anfang der sechziger Jahre war der Sport

---

<sup>46</sup> F. Höcker arbeitete spätestens seit April 1969 in Amsterdam und Erich Wetzl war in der Handelsvertretung in Dänemark seit April 1969 als stellvertretender Leiter und Leiter der Politischen Abteilung tätig, s. BArch/SAPMO DY 30/IV A2/20/495, 18.04.69: Höcker, HV Amsterdam, an MfAA, Abt. Westeuropa: „Vermerk über ein Gespräch in der Sowjetischen Botschaft am 18.4.69“; DY 30/J IV 2/3A/2016, 24.02.71, Vorlage für Beschluß des Ministerrates.

<sup>47</sup> Dirk Engelen: *Geschiedenis van de Binnenlandse Veiligheidsdienst*, Den Haag 1995, S. 340.

<sup>48</sup> Die Kammer für Außenhandel unterstand dem Ministerium für Außenwirtschaft. BArch/SAPMO DY 30/J IV 2/3/1742, 11.05.71, „Übernahme der Auslandsvertretung der DDR in Dänemark durch MfAA“.

<sup>49</sup> Ob diese Verheimlichung auch für die anderen erwähnten Länder galt, ließ sich innerhalb dieser Arbeit nicht klären. BArch/SAPMO DY 30/J IV 2/3A/2016, 24.03.71, SED ZK Internationale Verbindungen: „Übernahme der Auslandsvertretung der DDR in Dänemark durch Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten“.

<sup>50</sup> Gunter Holzweißig: *Diplomatie im Trainingsanzug. Sport als politisches Instrument der DDR in den innerdeutschen und internationalen Beziehungen*, München/Wien 1981; Martin Geyer: „Der Kampf um nationale Repräsentation. Deutsch-deutsche Sportbeziehungen und die ‚Hallstein-Doktrin‘“, in: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte*, 1996 44/1, S. 55-86.

eine wichtige Propagandamethode. Das Politbüro wies an, daß „die Propagierung unserer sportlichen Erfolge“ vor allem in den kapitalistischen Ländern eingesetzt werden sollte.<sup>51</sup> Seit 1968 veröffentlichte der Deutsche Turn- und Sportbund (DTSB) der DDR eine Sportzeitschrift extra für die Auslandspropaganda.<sup>52</sup> Diese Methode hatte Erfolg: im Westen war gerade der Sport ein häufiger Anlaß zur Aufmerksamkeit für die DDR - wahrscheinlich mehr als beispielsweise die Existenz einer Handelsvertretung in der Hauptstadt. Noch heute erinnern sich viele Westeuropäer an die DDR als das Land mit den immer gewinnenden - weil gedopten - Sportlern.<sup>53</sup> In den Niederlanden war die politische Diskriminierung des DDR-Sports sogar der Auslöser für die erste Parlamentsanfrage eines bürgerlichen Abgeordneten, in der gegen die totale Isolierung der DDR Stellung genommen wurde.<sup>54</sup> Wenn man daher den relativ geringen Aufwand an Argumentationen und Propagandaheften zur anerkennungspolitischen Verwertung dieser erfolgreichen Methode vergleicht mit dem sonstigen Aufwand, der sich meist auf Politik konzentrierte, kann man nur schlußfolgern, daß die DDR die Resonanz des Sports auslandspropagandistisch nicht voll ausgenutzt hat.

### *III. Verdeckte Einflußnahme*

Während die DDR bei den diplomatischen Bräuchen auf demonstrative Öffentlichkeit<sup>55</sup> setzte, ging sie in Organisationsfragen bevorzugt heimlich

---

<sup>51</sup> BArch/SAPMO DY 30/IV A2/21/1, 30.08.63, Zeit im Bild (Dresden), Zumpke (Verlagsleiter): „Vorlage für den Beirat für Auslandsinformation bei der Agitationskommission beim Politbüro. Produktionsplan nichtperiodische Publikationen 1964“; DY 30/IV 2/9.02/25, 15.12.59, [SED ZK Abt. Außenpolitik und Internationale Verbindungen:] „Beschluß des Politbüros. Betr.: Richtlinien zur Erweiterung und Verbesserung unserer Auslandspropaganda“, S. 4.

<sup>52</sup> DTSB (Hg.): DDR-Sport. Berlin (Ost) 1968, auch auf Englisch, Französisch, Spanisch, Schwedisch herausgegeben. Um so kleinlicher ist es, daß der langjährige DTSB-Chef Manfred Ewald sogar nach der deutschen Einheit noch ausweichend antwortete auf die direkte Frage nach der Aufgabe des DDR-Sports, die Hallstein-Doktrin zu durchbrechen; Manfred Ewald: Ich war der Sport. Wahrheiten und Legenden aus dem Wunderland der Sieger. Manfred Ewald interviewt von Reinhold Andert, Berlin 1994, S. 169-171.

<sup>53</sup> Stellvertretend: Arjen Fortuin: Een monument voor eigen benen. Het vielerleven van Peter Winnen, in: NRC Handelsblad, 01.09.2000.

<sup>54</sup> BArch/SAPMO DY 30/IV A2/20/492, 28.10.65, MfAA, 5. Eur. Abteilung, Sektion II - Benelux, Ni[klas], Durchschlag an Walkowski: „Übersicht über Aktionen und Maßnahmen zur Frage der Normalisierung der Beziehungen der Niederlande zur DDR“.

<sup>55</sup> Im In- und Ausland ließ man Notenübergaben regelmäßig in der Presse melden, vgl. z.B.: RA UM 5.G.12.D-1, 13.05.60, Kongelig Dansk Gesandtskab Prag, B. Dons Møller:

vor. Einerseits war dies zur Wahrung der Fassade im Westen häufig notwendig. Die Handelsvertretungen durften nun mal offiziell keine politischen Aktivitäten unternehmen und Abgesandte aus der DDR durften in die meisten Länder nur unter der Auflage einreisen, sich der Propaganda zu enthalten. Um dann trotzdem Anerkennungspolitik betreiben zu können, mußten DDR-Bürger sich aus dem Rampenlicht halten. Deshalb plante der Leiter der Handelsvertretung Amsterdam, Rudi Blankenburger, „Schritte für eine ‚Gesellschaft DDR-Niederlande‘ einzuleiten, ohne daß ich nach außen hin selbst auftrete“.<sup>56</sup> Andererseits bewegte die DDR sich auch hier im Rahmen der bewährten Muster sowjetischer Außenpolitik und kommunistischer Organisationstaktik: die Gründung politisch breiter Vorfeldorganisationen, gesteuert aus dem Hintergrund von einem kommunistischen Sekretär. Getreu ihrem Motto „Von der Sowjetunion lernen, heißt siegen lernen“ war die DDR vom Erfolg dieser Methode überzeugt: „Unsere Generallinie, möglichst viele Kräfte in Aktionen einzubeziehen, ohne deren Organisation in den Vordergrund zu stellen, erwies sich als richtig“.<sup>57</sup>

Diese Linie, im Westen Menschen heterogener politischer Couleur in Organisationen zusammenzufassen, widerspiegelte sich in der von der DDR seit 1955<sup>58</sup> betriebenen Gründung von „nationalen Freundschaftsgesellschaften“, wie sie offiziell hießen. Der Vorstand war immer nach dem gleichen Muster zusammengesetzt: ein möglichst prominenter nicht-kommunistischer Vorsitzender, ein Generalsekretär aus der lokalen Bruderpartei und im weiteren Vorstand möglichst prominente Vertreter aus Politik, Kultur, Wirtschaft und Wissenschaft. Als einfaches Mitglied der Gesellschaft waren prinzipiell alle willkommen, je mehr, desto besser. Die DDR betrachtete die nationalen Freundschaftsgesellschaften im

---

Brief an Udenrigsministeriet: „Czecoslovakiets varetagelse af østtyske interesser. Nr. 320“.

<sup>56</sup> BArch/SAPMO DY 30/IV A2/20/495, 11.05.66, Leiter der Handelsvertretung Amsterdam, R. Blankenburger: handschriftlicher Brief an ZK- Internationale Verbindungen, Gen. Ernst Walkowski (Berlin).

<sup>57</sup> BArch/SAPMO DY 13/1950, 16.09.71, anonym, Berlin: „Thesen zur Diskussion über die Entwicklung der Anerkennungsbewegung in Europa“.

<sup>58</sup> Als Gründungsjahr der norwegischen Gesellschaft wird in einem Fall 1958, im anderen 1954 angegeben. Es läßt sich nicht erkennen, welches der beiden Jahre wahrscheinlicher ist. Deshalb ist hier sicherheitshalber dafür votiert worden, das Jahr 1955 als Anfangsjahr der Gesellschaftsgründungen (in den Niederlanden und Island) festzuhalten.

BArch/SAPMO DY 30/J IV 2/2A/1556, 25.10.71, ZK-Auslandsinformation: „Übersicht über die im nichtsozialistischen Ausland bestehenden Freundschaftsgesellschaften mit der DDR, Freundeskreise, Anerkennungskomitees, Parlamentarische Freundschaftsgruppen und Städteverbindungen“; PA/AA 700/125, 03.05.56, Bundesrepublik Bundesamt für Verfassungsschutz, Köln, an Auswärtiges Amt, Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen und Bundesminister des Inneren: „Betr.: ‚Komitee für kulturelle Beziehungen zwischen den Niederlanden und der DDR‘. Vertraulich“.

westlichen Ausland als Kernstück der Anerkennungsbewegung.<sup>59</sup> Allerdings begann die Gründung dieser Gesellschaften sehr zögerlich. Es dauerte mehrere Jahre, bis in den wichtigsten europäischen Ländern nationale Freundschaftsgesellschaften zustande gebracht waren; zuletzt 1964 die britische Gesellschaft BRIDGE mit fellow traveller Gordon Schaffer als Präsidenten. Außerhalb Europas brauchte es noch länger: zumeist bis Ende der sechziger Jahre.<sup>60</sup> Vielleicht lag dies daran, daß die verantwortliche „Gesellschaft für kulturelle Verbindungen mit dem Ausland“ sich noch 1957 nicht dazu durchringen konnte, die Gründung, Anleitung und Unterhalt von Freundschaftsgesellschaften im Ausland als Schwerpunktaufgabe zu bezeichnen.<sup>61</sup> Ein Jahr später erklärte die Gesellschaft für kulturelle Verbindungen mit dem Ausland dies zu einer ihrer zehn Arbeitsmethoden.<sup>62</sup> Zwar war es immer noch keine Schwerpunktaufgabe, aber immerhin war es nun offiziell und unwidersprochen festgelegt.

Die 1952 gegründete Gesellschaft für kulturelle Verbindungen mit dem Ausland hatte sich dem Namen nach dem internationalen Kulturaustausch verschrieben, aber sie sah sich grundsätzlich als Instrument der Außenpolitik der DDR.<sup>63</sup> Dies teilte sie mit ihrer Nachfolgerin, der am 15.12.1961 gegründeten *Liga für Völkerfreundschaft*, worin die Gesellschaft für kulturelle Verbindungen mit dem Ausland aufging. Diese Liga war die Anlauf- und Leitungsstelle in der DDR für die westlichen Freundschaftsgesellschaften. Sie hatte Züge eines Potjomkinschen Dorfes: Im Westen wurde eine Massenbeteiligung zur Vergrößerung des Drucks der Bürger auf ihre Regierung angestrebt.<sup>64</sup> In der DDR selbst aber durften satzungsgemäß keine normalen Bürger Mitglied werden, sondern nur etwa

---

<sup>59</sup> BArch/SAPMO DY 13/001950, [Anfang 1971], anonym: „Thesen in Frageform zur Weiterentwicklung der Anerkennungsbewegung in den Kapitalistischen Ländern Europas (Diskussionsgrundlage)“.

<sup>60</sup> BArch/SAPMO DY 30/J IV 2/2A/1556, 25.10.71, ZK-Auslandsinformation: „Übersicht über die im nichtsozialistischen Ausland bestehenden Freundschaftsgesellschaften mit der DDR, Freundeskreise, Anerkennungskomitees, Parlamentarische Freundschaftsgruppen und Städteverbindungen“.

<sup>61</sup> BArch/SAPMO DY 30 IV 2/20/87, 31.05.57, [MfAA], Engel: „Aufgaben der Gesellschaft für kulturelle Verbindungen mit dem Ausland und Organisationsformen ihrer Durchführung. Entwurf“. In diesem Entwurf wurde die handschriftliche Notiz, die die Schaffung solcher Freundschaftskomitees zur „Schwerpunktaufgabe der Gesellschaft“ erklärte, wieder gestrichen.

<sup>62</sup> BArch/SAPMO DY 30 IV 2/20/87, 17.04.58, Gesellschaft für kulturelle Verbindungen mit dem Ausland, Gen. Heiß: „Aufgaben der Gesellschaft für kulturelle Verbindungen mit dem Ausland. 4. Entwurf. Vertraulich“.

<sup>63</sup> Ebenda.

<sup>64</sup> BArch/SAPMO DY 30/IV 2/20/278, Blatt 34-47, 08.10.60, Tippner, Arbeitsgruppenleiter, AG 203 - Dänemark: „Jahresplan 1961“.

20 Vorzeigemitglieder,<sup>65</sup> möglichst Professoren, damit diese mit Autorität ausgestattet im Ausland auftreten könnten. Im Jahre 1969 trug die Liga für Völkerfreundschaft ein neues Konzept in die westliche Anerkennungsbewegung: Sie betrieb die Gründung des „Ständigen Internationalen Komitees für die Anerkennung der DDR“ (kurz: Helsinki-Komitee) als europaweiten Dachverband für die Teilnehmer an der 1968er Konferenz in Helsinki zum Thema „Die DDR und die europäische Sicherheit“. Unter anderem über dieses Helsinki-Komitee führte die DDR 1968 das Konzept der Anerkennungskomitees ein:<sup>66</sup> Landesweite, politisch sehr breit zusammengesetzte Gruppen, die sich nur darauf geeinigt hatten, die Anerkennung der DDR von ihrer Regierung zu fordern. In ein solches Anerkennungskomitee konnten auch diejenigen eingebunden werden, die sich aus Ablehnung der ostdeutschen Innenpolitik keiner Freundschaftsgesellschaft anschließen wollten. Ende 1971 existierten in 56 Ländern Komitees für die Anerkennung der DDR oder eine Gesellschaft für Freundschaft mit der DDR, häufig auch beides.<sup>67</sup>

Wie erwähnt, war die wichtigste und effektivste Methode, diese heterogenen Organisationen der Anerkennungspolitik im Westen zu kontrollieren, die verdeckte Einflußnahme über genehme Generalsekretäre der Freundschaftsgesellschaften und Anerkennungskomitees. Vor allem in den nationalen Freundschaftsgesellschaften waren das nahezu immer Kommunisten.<sup>68</sup> Hier zahlte sich die permanente Fixierung der DDR auf ihre Bruderparteien in der Anerkennungspolitik aus. Denn das Primat der Ideologie zeigte sich auch hier klar: Die DDR sah „unser[e] natürlich[en]

---

<sup>65</sup> Auch dieses Merkmal teilte die Liga mit ihrem Vorläufer, die Gesellschaft für kulturelle Verbindungen: vgl. BArch/SAPMO DY 30/IV 2/20/86, Blatt 53-54, 06.10.53, Brief ZK-Abt. Außenpolitik an Kreisleitung SED Angermünde zur Deutsch-Polnischen Gesellschaft; DY 30/IV 2/20/87, 11.10.57, Gesellschaft für kulturelle Verbindungen mit dem Ausland, Sekretariat Wiese: „Exposé zur Reorganisation der Gesellschaft für kulturelle Verbindungen mit dem Ausland“.

<sup>66</sup> Die ersten beiden Anerkennungskomitees wurden 1969 gegründet: das „Ständige Italienische Komitee für die Anerkennung der DDR“ und das „Interafrikanische Komitee für die Anerkennung der DDR in Burundi“: BArch/SAPMO DY 13/2586, 24.07.68, Berlin, [Liga für Völkerfreundschaft:] „Plan zur Weiterführung der von der internationalen Konferenz Helsinki gefaßten Beschlüsse und gegebene Orientierung“; DY 30/J IV 2/2A/1556, 25.10.71, ZK-Auslandsinformation: „Übersicht über die im nichtsozialistischen Ausland bestehenden Freundschaftsgesellschaften mit der DDR, Freundeskreise, Anerkennungskomitees, Parlamentarische Freundschaftsgruppen und Städteverbindungen“.

<sup>67</sup> BArch/SAPMO DY 30/J IV 2/2A/1556, 25.10.71, ZK-Auslandsinformation: „Übersicht über die im nichtsozialistischen Ausland bestehenden Freundschaftsgesellschaften mit der DDR, Freundeskreise, Anerkennungskomitees, Parlamentarische Freundschaftsgruppen und Städteverbindungen“

<sup>68</sup> Ebenda.

Verbündet[en]“ im Westen in den kommunistischen Parteien,<sup>69</sup> auch wenn diese im allgemeinen im eigenen Land kaum über politischen Rückhalt verfügten und die DDR sich also selbst mit der Wahl ihres Verbündeten marginalisierte, weil die Entscheidung über eventuelle Anerkennung der DDR nicht von den kommunistischen Parteien gefällt wurde. Aber beim Primat der Ideologie wog politische Zuverlässigkeit schwerer als politische Schlagkraft. Der SED war die Entrüstung immer anzumerken, wenn einer dieser ‚natürlichen Verbündeten‘ in der Anerkennungsbewegung einen eigenen Kopf besaß, wie der Generalsekretär der Freundschaftsgesellschaft *Echanges Franco-Allemands*, Roland Lenoir.<sup>70</sup>

Erst 1963 hat die DDR begonnen, für ihre Anerkennung auch sozialdemokratische Parteien zu umwerben.<sup>71</sup> Zur Erhöhung der Chancen dieser Werbeversuche wurde es den eigenen Mitarbeitern verboten, weiterhin nicht-kommunistischen Parteimitgliedern ‚sektiererisch‘ zu begegnen. Es sollte z.B. nicht mehr wie bisher von glaubenseifrigen Beamten versucht werden, „in Freundschaftsverträgen solche Formulierungen hineinzubringen wie: ‚Kampf gegen das Regime De Gaulles‘ und ähnliches“. In den Kontakten zu Sozialdemokraten müsse ‚jedes Sektierertum‘ verhindert werden: Es seien nunmehr ‚keine Auseinandersetzungen über den Reformismus zu führen‘, sondern es sei „das Einende in den Vordergrund zu stellen“.<sup>72</sup> Dieser neue Pragmatismus erstreckte sich nicht nur auf Sozialdemokraten, sondern richtete sich generell gegen sektiererische Arbeitsweisen in der Anerkennungspolitik.<sup>73</sup> Man arbeitete mit jeder geeigneten Person zusammen, die dazu bereit war, auch wenn Vermutungen über eine mögliche Nazivergangenheit

---

<sup>69</sup> BArch/SAPMO DY 30/IV A2/20/495, 14.12.66, R. Blankenburger, an MfAA, Kopie an ZK Internationale Verbindungen: „Zu einigen Fragen der politischen Entwicklung in den Niederlanden, besonders im Zusammenhang mit der DDR“.

<sup>70</sup> BArch/SAPMO DY 30/IV A2/2.028/111, 08.11.68, Norden: SED Hausmitteilung (Durchschlag) an Ulbricht, Kopie an Honecker: „Lage in der Leitung der französischen Freundschaftsgesellschaft mit der DDR“. Umlauf Sekretariat ZK; DY 30/IV A2/2.028/113, 19.01.71, Norden an Ulbricht: SED Hausmitteilung, Kopie an Honecker und Axen, gelesen von Honecker.

<sup>71</sup> Siehe die ganze Akte BArch/SAPMO DY 30/IV A2/20/49, Beziehungen der SED zu sozialdemokratischen Parteien der kapitalistischen Länder Europas 1963-1966: diese Aktion wurde auch nicht wie so häufig nur angefangen, sondern auch gewissenhaft fortgeführt.

<sup>72</sup> BArch/SAPMO DY 30/IV A2/21/1, 06.09.63, Deutscher Städte- und Gemeindetag, Geschäftsstelle: „Bericht des Deutschen Städte- und Gemeindetages über Aufgaben und Möglichkeiten zur Unterstützung der auslandsinformativischen Arbeit“, S. 12; DY 30/IV A2/20/49, [1. Quartal 1964?], anonym: „Betr.: Plan für die Aufnahme und den Ausbau verstärkter Kontakte zu sozialdemokratischen Organisationen und Persönlichkeiten im Jahre 1964“.

<sup>73</sup> BArch/SAPMO DY 30/IV A2/21/1, 06.09.63, Deutscher Städte- und Gemeindetag, Geschäftsstelle: „Bericht des Deutschen Städte- und Gemeindetages über Aufgaben und Möglichkeiten zur Unterstützung der auslandsinformativischen Arbeit“.

existierten, wie beim Belgier Maurice Lambilliotte, mit dem man intensiv kooperierte.<sup>74</sup> Ein anderes Beispiel ist Franco-Spaniens Funktionär Samaranch, dessen Einreise in die DDR Sportfunktionär Manfred Ewald gegen die Einwände der spanischen kommunistischen Partei durchsetzte.<sup>75</sup> Außenpolitischer Pragmatismus war übrigens auch innerhalb der SED nicht unumstritten: Der außenpolitische Experte Peter Florin mußte z.B. 1966 gegen ideologische Widerstände innerhalb des ZK durchsetzen, daß die DDR Beziehungen auch zum antikommunistischen Indonesien zu entwickeln versuchte.<sup>76</sup>

#### *IV. Die Maus, die brüllte*

In den fünfziger Jahren versuchte die DDR, ihre Anerkennung über eine Scheckbuchdiplomatie zu erreichen. In einer grundlegenden Planung der Auslandspropaganda im Herbst 1959 wurden das Streben nach Normalisierung der Beziehungen zu allen Staaten und „wirtschaftliche und andere Hilfe“ für antiimperialistische Staaten in einem Atemzug genannt. Die DDR hatte schon 1955/56 versucht, mit einer Spende von 2.000.000 Ost-Mark die Mitgliedschaft einer UN-Spezialorganisation zu erwerben. Dies war vergeblich, denn die bereits mit Beobachterstatus vertretene Bundesrepublik konnte die UNO überzeugen, den ostdeutschen Scheck nicht zu akzeptieren. Zum Ausgleich empfingen die Vereinten Nationen 2.000.000 DM von der Bundesrepublik.<sup>77</sup> Auch im ersten Testfall der Hallstein-Doktrin, der Anerkennung der DDR durch Jugoslawien 1957, war das Scheckbuch eingesetzt worden. Mit hohen Krediten für industrielle Anlagen hatte die DDR gehofft, über die Bresche Jugoslawien den Dammbbruch der Hallstein-Doktrin herbeikufen zu können, indem weitere

---

<sup>74</sup> Vgl. Horstmeier: „La politique de reconnaissance de la RDA“, in: Pfeil (Hg.): La RDA e l'Occident.

<sup>75</sup> Ewald hatte hehre Worte dafür übrig: „Ich habe damals seine Einreise bei der Partei und Regierung durchgesetzt. Wir haben uns immer gegen Diskriminierungen aus politischen Gründen im Bereich des Sportes gewandt. Wir hatten ja früher selber unter diesen Diskriminierungen zu leiden.“ Ewald, Ich war der Sport, S. 171.

<sup>76</sup> BArch/SAPMO DY 30/IV 2/1/351, Blatt 91-95, 15.12.66, 14. Tagung ZK SED, Rede Florin. Die wiederholte „Bewegung im Saal“, die in diesem Wortlautprotokoll vermerkt war, wurde sogar aus der parteiinternen Berichtsbroschüre ausgelassen: DY 30/IV 2/1/353, Blatt 23-25, 22.12.66, Büro des Politbüros: „Protokoll der 14. Tagung des Zentralkomitees vom 15. bis 17. Dezember 1966. Parteiinternes Material, Nr. 2155“, Rede Florin.

<sup>77</sup> BArch/SAPMO DY 30/IV 2/9.02/25, 15.12.59, [SED ZK Abt. Außenpolitik und Internationale Verbindungen:] „Beschluß des Politbüros. Betr.: Richtlinien zur Erweiterung und Verbesserung unserer Auslandspropaganda“, S. 5; vgl. Gray, Hallstein Doctrine, S. 200.



Staaten dem jugoslawischen Vorbild folgen sollten.<sup>78</sup> Im Gegensatz zu den Vereinten Nationen konnte die DDR hier zwar ihr Geld loswerden, aber es blieb bei der Anerkennung durch Jugoslawien.

Es hat den Anschein, daß die DDR in den sechziger Jahren einsah, daß sie auf dem Gebiet der Scheckbuchdiplomatie immer von der westdeutschen Wirtschaftskraft geschlagen werden würde. Deshalb wandte sie sich von dieser Methode ab und versuchte nun, rein politisch zu argumentieren und Finanzdiplomatie als etwas Verwerfliches darzustellen: „In die Waagschale des Kampfes um die Anerkennung kann man nicht in erster Linie Kredite werfen. Die Anerkennung ist keine Frage des ökonomischen Schachers. Die Hauptfrage ist der Charakter und die Politik des antiimperialistischen deutschen Friedensstaates.“<sup>79</sup>

Statt der Kredite sollten nun Argumente die Entwicklungsländer zur Anerkennung bringen. Diese Argumente waren aber dialektisch formuliert: „Die Anerkennung der DDR [ist] eine Grundfrage des gemeinsamen Kampfes mit den jungen Nationalstaaten. [...] Die Stärkung der DDR ist die wichtigste Form unserer Solidarität für die antiimperialistischen Kräfte.“<sup>80</sup> Wie Entwicklungsländern mit einer innen- oder außenpolitischen Stärkung der DDR geholfen sein sollte, wurde nicht erklärt. Hier zeigt sich ein Muster, von dem die DDR sich in ihren Bemühungen um Anerkennung nur schwer lösen konnte: Ihre Auslandspropaganda ging häufig mehr von den eigenen als von den Bedürfnissen der angesprochenen Ländern aus. Dabei setzte die DDR stark auf das Wort: ihr Ziel wäre eine „breite Information der Bevölkerung über die wirkliche Lage in Deutschland und die Friedensbestrebungen der DDR“.<sup>81</sup> Im Grunde sollte gezeigt werden, daß die DDR ‚unehrlich behandelt würde‘. Sie konnte aber den Angesprochenen meist nur schwerlich begründen, welchen Vorteil ihnen die Anerkennung bringen würde. Die Bundesrepublik war dagegen sehr wohl imstande, zu verdeutlichen, welche Nachteile eine Anerkennung auslösen würde. Propagandachef Werner Lamberz mußte deshalb versuchen, seine Mitarbeiter mit pauschalen Erklärungen zur überlegenen Auslandsinformation der DDR bei der Stange zu halten: „Gegner hat eine entscheidende Voraussetzung in Ausl.Inf. nicht: richtige, den Interessen der Völker entsprechende Politik.“<sup>82</sup>

---

<sup>78</sup> Beate Ihme-Tuchel: „Das Bemühen der SED um die staatliche Anerkennung durch Jugoslawien 1956/57“, in: Zeitschrift für Geschichte, Berlin 1994, Heft 8, S. 695-702.

<sup>79</sup> BArch/SAPMO DY 30/IV A2/21/20, 28.05.68, Feist, Auslandsinformation, an Albert Norden.

<sup>80</sup> Ebenda.

<sup>81</sup> BArch/SAPMO DY 30/IV 2/20/278, Blatt 35, 08.10.60, Tippner, Arbeitsgruppenleiter, AG 203 - Dänemark: „Jahresplan 1961“.

<sup>82</sup> BArch/SAPMO DY 30/IV A2/21/1, 19.04.63, [Werner Lamberz:] Rededispotion ‚Konstitu. Sitzung des Beirates für Auslands-Information‘.

Auch diese Krankheit hatte die DDR von der UdSSR übernommen: ein KPdSU-Vertreter erklärte ohne Weiteres, „daß die Wahrheit auf unserer Seite“ sei:

Die kommunistischen Ideen sind in einem solchen Maße richtig und edel, daß sogar mit geringen Kräften mehr getan werden könne, als der Gegner mit großen Kräften. Es gibt keinen Grund zu Pessimismus und Verzagttheit. Wir haben die besseren Ideen und deshalb müssen wir diejenigen, die im Kampfe müde werden, ermutigen.<sup>83</sup>

Zu solchen Rundumschlägen paßt die eingangs erwähnte Neigung der DDR, in der Anerkennungspolitik die eigene Bedeutung lauthals zu übertreiben, wie es Axen 1965 gegenüber dem belgischen Außenministerium nicht lassen konnte: „Ich bin mehr als ein holländischer Botschafter, weil die DDR mehr darstellt als Holland“.<sup>84</sup>

Diese lärmende Prahlerei wirkt um so lächerlicher, wenn einige Zahlen daneben gestellt werden, welche die tatsächliche Bedeutung der westlichen Beziehungen zur DDR zeigen. Der Handel Belgien - DDR betrug bis zur gegenseitigen Anerkennung maximal 0,4% des gesamten belgischen Außenhandels.<sup>85</sup> Mit der einzigen direkten Verbindung zwischen Dänemark und der DDR, der Fähre Gedser - Warnemünde, fuhrten 1965 insgesamt 80.217 Personen. Dies war verschwindend gering im Vergleich mit der wichtigsten Fährverbindung Dänemarks mit der Bundesrepublik, der Vogelfluglinie Rødby - Puttgarden, die 1965 2.168.690 Fahrgäste zählte; noch abgesehen von den über 16 Millionen Personen, die jährlich die deutsch-dänische Festlandgrenze überquerten.<sup>86</sup>

Überhaupt war die Notwendigkeit zu einer jahrzehntelangen Anerkennungspolitik der DDR ein Erfolg für die Bundesrepublik und ein

---

<sup>83</sup> BArch/SAPMO DY 30/J IV 2/201/666, 21.10.61, Bergold, SED ZK Internationale Verbindungen: „Bericht über die Konferenz mit den Vertretern der Bruderparteien der Nachbarländer Deutschlands am 20.-21.9.1961“.

<sup>84</sup> BArch/SAPMO NY 4182/1304, 11.10.65, Axen: „Bericht über die Reise des Genossen Hermann Axen nach Belgien“. Damit beleidigte Axen indirekt auch seine Gastgeber, da Belgien wiederum als ein kleineres Land als Holland galt. Indirekt war seine Aussage also, daß Belgien der DDR bei weitem unterlegen wäre. Siehe auch z.B. NY 4182/1273, 20.04.57, „Rede des Mitglieds des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Genossen Hermann Axen, auf dem XII. Parteitag der Kommunistischen Partei Belgiens in Gent“.

<sup>85</sup> Ministerie van Economische Zaken en Middenstand - Nationaal Instituut voor de Statistiek: Statistisch jaarboek voor België, Brussel, Nationaal Instituut voor de Statistiek, [1952-72] Nummern 73-92: Tabelle „Buitenlandse handel volgens landen“.

<sup>86</sup> BArch/SAPMO DY 30/IV A2/20/552, [Anfang 1963], „Einschätzung der gegenwärtigen Situation in Dänemark“; DY 30/IV A2/20/551, 19.01.66, Handelsvertretung Kopenhagen: „Informationsbericht 1/1966“. Die 16 Mio. an der Landgrenze ist eine Zahl, die schon 1961 erreicht wurde und 1965 wahrscheinlich noch weiter gestiegen war; DY 30/IV 2/20/279, [25.04.62], VV Kopenhagen: „Jahresbericht 1961 der Verkehrsvertretung der DDR in Dänemark“.

Mißerfolg der DDR.<sup>87</sup> Man vergegenwärtige sich nur, daß die DDR in ihrer gesamten Existenz von 1949 bis 1990 über die Hälfte der Zeit nicht allgemein anerkannt war. Auf 23 Jahre konzertierte Nicht-Anerkennung sollten nur 17 Jahre weltweiter diplomatischer Beziehungen folgen. Man kann also nur zum Schluß kommen, daß es sich bei der DDR-Anerkennungspolitik um eine Maus gehandelt hat, die brüllte.

---

<sup>87</sup> In der Bundesrepublik ist bis heute - auch unter Forschern - die Tendenz weitverbreitet, die Hallstein-Doktrin als „stumpfe Waffe“ zu bezeichnen, s. z.B. Hans Georg Lehmann: Deutschland-Chronik 1945 bis 1995, Bonn 1996, S. 131. Dabei werden die unproduktiven Folgen der Hallstein-Doktrin für die Bundesrepublik selbst und die Erfolge der DDR unterhalb der Ebene diplomatischer Beziehungen überbetont. Es wird aber übersehen, daß diese Doktrin jahrzehntelang nahezu alle nicht-kommunistischen Länder davon abgehalten hat, die Schwelle der diplomatischen Beziehungen zur DDR tatsächlich zu überschreiten.

## **Autoren**

Victor Artemov

Prof. Dr., Universität Woronesch

Daniel Bohse

Student, Institut für Geschichte, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Carel Horstmeier

Doktorand, Mitarbeiter am Groninger niederländisch-russischen Archivzentrum und Dozent für russische Geschichte an der Universität Groningen

Manfred Müller

Dr. phil., Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

## ***Hallische Beiträge zur Zeitgeschichte***

Herausgeber: Prof. Dr. Hermann-Josef Rupieper † (Heft 1-14)  
Dr. Jana Wüstenhagen, Daniel Bohse (ab Heft 15)  
Lehrstuhl für Zeitgeschichte  
Institut für Geschichte  
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg  
06099 Halle

### ***Heft 4 / 1998***

Mit Beiträgen von Falk Lange, Matthias Uhl, Holger Zaunstöck,  
Henrik Eberle und Denise Wesenberg.

### ***Heft 5 / 1998***

Mit Beiträgen von Andreas Schmidt, Hermann-Josef Rupieper und  
Isolde Stark.  
Im Gespräch: Günter Mühlpfordt.

### ***Heft 6 / 1999***

Mit Beiträgen von Wiebke Janssen, Dietmar Schulze und Alexander  
Sperk.  
Im Gespräch: Santiago Carrillo

### ***Heft 7 / 2000***

Mit Beiträgen von Frank Hirschinger, Robert Grünbaum, Inga Grebe  
und Matthias Uhl.

### ***Heft 8 / 2000 (Sonderheft)***

Sonderheft mit studentischen Beiträgen zum Thema Holocaust.